

Der Bundesvorsitzende hat das Wort:**Politik darf nicht vom Zeitgeist bestimmt werden**

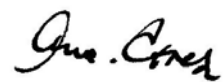
In der Bevölkerung rumort es, da die Erwartungen von der Politik in vielen Bereichen nicht erfüllt werden. Der schwarz-gelbe Wahlerfolg 2009 war von Versprechungen, wie Steuerreform (Abbau der „kalten Progression“) oder Abbau der Bürokratie beflügelt.

Stattdessen folgt die Fortsetzung des Marsches in den Regulierungsstaat, Energiewende, Rente mit 67, eine Gesundheitsreform, wo künftige Beitragserhöhungen nicht mehr solidarisch, sondern nur noch von Arbeitnehmern geschultert werden müssen und schlechtes Management bei der Griechenland-Hilfe. Die Verunsicherung um den Euro wirkt sich in den bürgerlichen Kreisen sehr viel mehr aus, weil es sich um sparsame Menschen handelt, die etwas angespart haben.

Durch die Bundeswehrreform fällt auch zum 1. Juli der Zivildienst, welcher durch den Freiwilligendienst ersetzt wird. Nur dem Freiwilligendienst fehlen die Freiwilligen und daher ist das Wegbrechen von Lebensqualität für Senioren, Behinderte und Kinder ernsthaft zu befürchten.

Der Unmut der Menschen wird durch eine demoskopiegesteuerten Regierungsweise verstärkt. Eine Politik, die stark auf Umfragen schießt, die macht was das Volk mehrheitlich will, wird scheitern. Vielmehr ist darauf zu achten nicht zu fragen, was ankommt, sondern worauf es ankommt. Und wer dem Zeitgeist nachläuft, der wird in der Politik schnell Witwer sein. Wer glaubt, er sei „alternativlos“, der irrt gewaltig, Alternativen gibt es immer und für alles. Eine Partei und ihre Politiker müssen stattdessen einen „Markenkern“ haben.

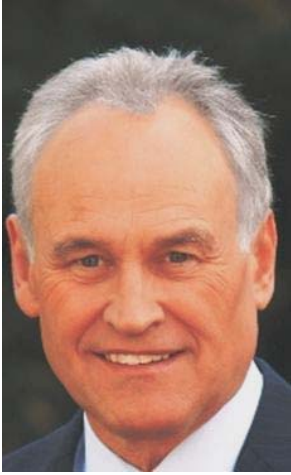
Der CGB fordert daher mehr Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und Beständigkeit in der Politik, damit der Wählerauftrag genau im Sinne der Eidesformel – „zum Wohle des Volkes und Schaden vom Deutschen Volk abwenden...“ – ausgeführt wird.

Matthias Strebl
Bundesvorsitzender

GASTBEITRAG**Erwin Huber: Heimische Kräfte zuerst!**

Die Wirtschaft schreit nach Fachkräften und will die Zuwanderung nach Deutschland vereinfachen. Die Bundesregierung macht einen Gipfel zum Thema und die Arbeitsministerin erleichtert die Anwerbung von Ärzten und Ingenieuren. Aber Arbeitgeber und FDP wollen die Tore noch mehr öffnen für außereuropäische Beschäftigte, vor allem soll die Einkommensgrenze für Fachkräfte auf 40.000 Euro gesenkt werden. Sonst fällt den Arbeitgebern wenig ein. Ist das wirklich alles?



Erwin Huber, MdL

Durch die demographische Entwicklung gehen mehr in Rente als Berufsanfänger einsteigen. Dieser Trend wird weiter zunehmen. Damit steigt strukturell das Angebot an Arbeit. Das ist gut für die, die Arbeit suchen, wenn man sie nicht übergeht und über-sieht. Und diese Gefahr ist groß, wenn man das Problem einfach durch Zuwanderung lösen will. Deutschland hat zwar im Verhältnis zu anderen Industriestaaten weniger Arbeitslose, aber die meisten Langzeitarbeitslosen. Zuerst müssen die heimischen Kräfte in Arbeit und Brot gebracht werden, bevor die Zuwanderung erleichtert werden darf. Wenn bei uns 60 000 Ingenieure arbeitslos sind, müssen sie zuerst eine Chance bekommen, bevor man auf dem indischen Arbeitsmarkt wirbt. Auch wenn sie schon älter sind und nachqualifiziert werden müssen, sind sie zuerst zu beschäftigen. Der Jugendlichkeitswahn sollte in den Unternehmen eigentlich schon verfliegen sein und die Schaffung von alternsgemäßen Arbeitsplätzen ist längst eine Verpflichtung in der Sozialen Marktwirtschaft.

Viele Frauen würden gern vollzeitig tätig sein, bekommen aber nur 400-€-Jobs. Viele Mütter würden nach der Familienphase gern wieder in einen qualifizierten Beruf einsteigen, bekommen aber nur minderwertige Angebote. Viele junge Mütter würden gern Familie und Beruf unter einen Hut bringen, erfahren aber nur Verständnislosigkeit und den Hinweis auf aushäusige Kinderbetreuung. Bei der öffentlichen Hand ist die Flexibilität für familienfreundliche Beschäftigung viel größer als bei der privaten Wirtschaft, die sich sonst immer als flexibel und modern herausstellt. Behinderte und Mitbürger mit Migrationshintergrund weisen eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit auf. Wo werden sie angeworben?

Warum bekommen so viele junge, leistungswillige Berufseinsteiger nur Praktika oder Zeitverträge? So werden die die jungen Leute demotiviert, statt dass man ihnen Vertrauen entgegenbringt und Chancen eröffnet.

Und haben wir nicht längst einen europäischen Arbeitsmarkt? Es gibt Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus 25 EU-Staaten für eine Beschäftigung in Deutschland. In vielen Ländern gibt es eine extrem hohe Arbeitslosigkeit. Warum bemüht sich die deutsche Wirtschaft nicht um junge Leute aus Spanien?

Das Pochen auf der Absenkung der Einkommensgrenze lässt einen ganz anderen Verdacht aufkommen. Nicht die Qualifizierung der außereuropäischen Wunsch-Mitarbeiter ist es, die lockt, sondern doch der Versuch, billige Arbeitskräfte aus Asien zu bekommen, weil der Ältere aus Deutschland oder die Frau nach der Familienphase mehr Kosten verursachen könnte. Wenn die Konjunktur wieder einmal nachlässt, dann werden die ausländischen Mitarbeiter freigesetzt und fallen den Sozialkassen zu Last.

Ich fordere die Arbeitgeber in Deutschland, vor allem auch die großen Unternehmen, eindringlich auf, schnellst-möglich mit Fantasie, Flexibilität und guten Löhnen zu kommen, um die heimischen Kräfte in Arbeit zu bringen. Bis das nachweisbar geschehen ist, müssen die Rufe nach Vereinfachung der Zuwanderung von der Politik bewusst überhört werden!

Erwin Huber ist Landtagsabgeordneter in Bayern, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Landtag und war früher CSU-Vorsitzender und langjähriger Staatsminister.

.....

GEWERKSCHAFTSNACHRICHTEN

Ein starker Kirchentag in einer starken Stadt und mit starken Signalen für ganz Deutschland

- Nachlese zum Ev. Kirchentag vom 1. bis 5. Juni in Dresden -

Noch lange nach jenem 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden, der diese Halbmillionenstadt und 100 000 Kirchentagsgäste auf äußerst sympathische Art in seinen Bann gezogen hat, wird der Zauber dieser wunderbaren Tage nachwirken. Ich hatte die Ehre, den Bundesvorsitzenden des CGB, Matthäus Strebl, zu vertreten. Als jemand, der schon einige Kirchentage erleben durfte und als Dresdner mag ich prädestiniert sein, eine Einschätzung zu der Wirkung jener Tage zu formulieren.



Kirchentag in der Abenddämmerung

Was ich mit meiner Frau erleben konnte, waren wahrhaftig Superlativen, deren Wirkung für Dresden und für Deutschland insgesamt nicht hoch genug bewertet werden können. Diese Superlativen sind an Veranstaltungen festzumachen, die es in dieser Form niemals zuvor gegeben hat. An allererster Stelle ist hier der großartige Eröffnungstag zu nennen. Nach einem spannenden „Abend der Begegnung“ mit wunderbaren kulturellen und kulinarischen Events, gab es den ultimativen musikalischen Ausklang des Tages beiderseits des Elbufers. Stellen Sie sich vor: Über 150 000 Kerzen brannten in den Händen der Teilnehmer, ein einzigartiger über 100 000-köpfiger Akkord erklang, über 3000 Kerzen schwammen in der Mitte der Elbe in einem nicht enden wollenden Strom elbabwärts - und schließlich, am Ende dieser traumhaften halben Stunde, wurde inmitten dieser gigantischen Kulisse das Lied „Kein schöner Land in dieser Zeit“ gesungen. So

etwas hat diese Stadt noch nicht erlebt! Und so etwas haben alle Teilnehmer bisher noch nicht erleben können! Der Regie ist es auf faszinierende Weise gelungen, Dresden zu verzaubern, die Dresdner mit ihren Gästen zu verschmelzen und ein mediales Großereignis in die Welt zu projizieren.

Auch der Eröffnungsgottesdienst und der Schlussgottesdienst fanden vor der Kulisse des historischen Dresdens statt: Auf der einen Seite der sogenannte Canaletto-Blick mit dem Ensemble der Frauenkirche, dem Schloss und der Kathedrale hinter den historischen Seitenraddampfern und der Brühlschen Terrasse. Auf der anderen Seite die Elbuferwiesen mit den Bühnen des Kirchentages und den altherwürdigen Gebäuden der sächsischen Staatsministerien. Beide Ufer wurden durch die historische Augustusbrücke verbunden, die in diesen Tagen als Fußgängerbrücke den Charakter der Prager Karlsbrücke bekam und herrliche Blickbeziehungen auf alle Seiten des Geschehens erlaubte. Natürlich gibt es keinen Zweifel, dass die Wirkung jeder mehrtägigen Großveranstaltung auch sehr stark vom äußeren Rahmen abhängig ist. In der Hinsicht wurde in Dresden niemand enttäuscht. Aber noch wichtiger als dies ist natürlich die Wirkung des Kirchentags auf die Seelen all jener, die direkt oder indirekt beteiligt waren. Und da darf man glücklich und dankbar sagen, dass dieser Kirchentag seine Gäste sehr tief in ihren Seelen erreicht hat. Es war ein Kirchentag ohne große Streitthemen, sondern einer, der Menschen zusammengeführt hat, der in zahlreichen Bibelarbeiten und sonstigen Veranstaltungen innere Einkehr bewirkt hat, der inspiriert hat und der einfach Freude gemacht hat. Die Freude wurde für manche nur getrübt, wenn Veranstaltungen auf so großes Interesse gestoßen sind, dass man nicht mehr hinein kam. Aber dann sind viele noch zu dem Schluss gekommen, dass es besser war, draußen auf der Wiese der Übertragung zu lauschen als drinnen im Saal zu hocken. Die Wirkung des Kirchentags ist in besonderer Weise dadurch geprägt worden, dass man sich in Toleranz geübt hat, dass man Menschen neu oder intensiver kennengelernt hat und dass man demonstriert hat, dass die Kirche trotz oftmals leerer Kirchen doch lebt. Unterschiedlichste soziale Themen wurden intensiv reflektiert. Die Kirche hat auf diese Weise ihre gesellschaftliche Mitverantwortung wahrgenommen. Die Verantwortlichen können stolz sein, dass dieser Kirchentag sehr vielen Menschen als ein sehr guter und sehr schöner Kirchentag in Erinnerung bleiben wird!



Kirchentag mit Canaletto-Blick,
Bild rechts: Joachim Brockpähler, CGB Vertreter



Begegnung mit dem sächsischen Ministerpräsident Stanislaw Tillich

Und da darf man glücklich und dankbar sagen, dass dieser Kirchentag seine Gäste sehr tief in ihren Seelen erreicht hat. Es war ein Kirchentag ohne große Streitthemen, sondern einer, der Menschen zusammengeführt hat, der in zahlreichen Bibelarbeiten und sonstigen Veranstaltungen innere Einkehr bewirkt hat, der inspiriert hat und der einfach Freude gemacht hat. Die Freude wurde für manche nur getrübt, wenn Veranstaltungen auf so großes Interesse gestoßen sind, dass man nicht mehr hinein kam. Aber dann sind viele noch zu dem Schluss gekommen, dass es besser war, draußen auf der Wiese der Übertragung zu lauschen als drinnen im Saal zu hocken. Die Wirkung des Kirchentags ist in besonderer Weise dadurch geprägt worden, dass man sich in Toleranz geübt hat, dass man Menschen neu oder intensiver kennengelernt hat und dass man demonstriert hat, dass die Kirche trotz oftmals leerer Kirchen doch lebt. Unterschiedlichste soziale Themen wurden intensiv reflektiert. Die Kirche hat auf diese Weise ihre gesellschaftliche Mitverantwortung wahrgenommen. Die Verantwortlichen können stolz sein, dass dieser Kirchentag sehr vielen Menschen als ein sehr guter und sehr schöner Kirchentag in Erinnerung bleiben wird!

Ich persönlich möchte meiner Erwartung Ausdruck verleihen, dass es auch künftig bei Kirchentagen gelingt, dass der CGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften mit einem Stand präsent ist. Der Christliche Gewerkschaftsbund muss zu Kirchentagen noch stärker dazu gehören!

Joachim Brockpähler

Vertreter des CGB offizielle Gäste der 34. CDA Bundestagung

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) führte am 28. und 29. Mai 2011 ihre 34. Bundestagung in Berlin durch. Neben vielen prominenten Gästen aus Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft wurden auch die Bundesgeschäftsführerin des CGB Anne Kiesow und der Generalsekretär des CGB Christian Hertzog als offizielle Vertreter des Christlichen Gewerkschaftsbundes begrüßt.

Das Motto der Bundestagung „sozial.gerecht. Arbeit in Würde – Alter in Würde“ war zugleich Titel des Leitantrags der von den Delegierten diskutiert und verabschiedet wurde. Kernpunkt der Diskussion war die Frage, wie Arbeit und Arbeitsleben menschenwürdig gestaltet werden kann und wie sich daraus ein würdevoller Ruhestand gestalten und finanzieren lässt. Ein Thema, das auch die zahlreichen aktiven Delegierten des CGB in der CDA bewegt, denn der CGB beobachtet gerade die Entwicklung der Altersarmut mit großer Sorge. Einer der vielen CGB Delegierten in der CDA ist Peter Rudolph, CGB Landesvorsitzender aus Bremen, der als Vorsitzender die CDA-CGB -Arbeitsgemeinschaft leitet.

Konsequenterweise vertraten die Delegierten im Zuge der Diskussion auch die Meinung, dass Arbeitnehmer nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente gehen können – auch und gerade schon vor dem 65. Lebensjahr und fassten einen entsprechenden Beschluss. Aus Sicht des CGB ist es mehr als erfreulich, dass die CDA in dieser Frage die gleiche Meinung wie der CGB vertritt und der CGB wird diese Linie ebenso konsequent unterstützen.



CGB-Vertreter mit Karl-Josef Laumann (CDA-Bundesvorsitzender und CDU-Fraktionsvorsitzender in NRW)

Auch der Bundesvorstand wurde auf der Bundestagung der CDA neu gewählt. Alter und neuer Bundesvorsitzender ist der ehemalige Arbeits- und Sozialminister und jetzige CDU-Fraktionsvorsitzende in Nordrhein-Westfalen Karl-Josef Laumann, der die mehr als 300 Delegierten mit einer kämpferischen Rede hinter sich brachte. Nach der Wahl gratulierten Vertreter des CGB dem neuen Bundesvorsitzenden und bekräftigten eine gemeinsame gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Zum 1. Stellvertreter ist der CDA-Landesvorsitzende aus Baden-Württemberg Dr. Christian Bäumlert mit überragendem Ergebnis gewählt worden. Dr. Christian Bäumlert löste Gerald Weiß ab, der mit großer Mehrheit zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde. Als weitere Stellvertreter sind Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe MdB, Elke Hannack, Alexander Krauß MdL, Dr. Max Matthiesen MdL, Ingrid Sehrbrock und Dr. Matthias Zimmer MdB gewählt worden.



CGB-Vertreter mit Peter Weiß, MdB; Vorsitzender der CDUCSU Arbeitnehmergruppe im Deutschen Bundestag

Aus CGB Sicht ist die Wiederwahl von Monika Sturm, Mitglied der GÖD, zur Beisitzerin im CDA Bundesvorstand besonders erfreulich. Der CGB gratuliert allen gewählten CDA Vorstandsmitgliedern zu ihrer Wahl und wünscht viel Erfolg und eine gute Hand bei der Erfüllung der vielfältigen Aufgaben.

Christian Hertzog, CGB-Generalsekretär; Anne Kiesow, CGB-Bundesgeschäftsführerin

Info! CGB beschließt Durchführung einer Klausurtagung zur praktischen Umsetzung der christlichen Soziallehre

Neben vielen weiteren wichtigen Themen diskutierte der Bundesvorstand des CGB bei seiner letzten Sitzung in Berlin, wie die christliche Soziallehre in der modernen Arbeitswelt umgesetzt werden kann. Der Meinungsaustausch innerhalb des Gremiums zeigte, dass die Meinungen, wie Arbeitsmarktpolitik, Gewerkschaftsarbeit und christliche Soziallehre verbunden werden können, weit auseinander gehen. Auf Anregung des CGB Bundesvorsitzenden Matthäus Strebl beschloss der Bundesvorstand daher noch in diesem Jahr eine Klausurtagung zu dieser Frage durchzuführen, zu der auch externer Sachverstand hinzugezogen werden soll. Die Klausurtagung wird vom 24. November bis 25. November 2011 in Retzbach bei Würzburg in der Arbeitnehmerbildungsstätte Benediktushöhe Retzbach e.V. stattfinden.

Christian Hertzog, CGB Generalsekretär

* * * *

Der 52. ADM-Bundesverbandstag in Brandenburg

Vom 25./26. bis 28./29. Mai 2011 fand der 52. Bundesverbandstag in Cottbus statt. Als Tagungshotel hatte der ADM-Landesverband Brandenburg das Radisson Blu ausgewählt. Für die Delegierten, Partnerinnen/Partner und Gäste war ein abwechslungsreiches Programm vorbereitet worden.



Unter dem Motto des 52. ADM Verbandstages „**Das Arbeitsleben ohne Arbeitnehmervertretung ist wie Milchproduktion ohne Tierzucht.**“ konnte der Bundesvorsitzende des ADM Sönke Clasen neben den Delegierten, Gastdelegierten auch zahlreiche Ehrengäste aus Verbänden, Politik und Wirtschaft in Cottbus herzlich willkommen heißen.

Im ersten Teil der Delegiertentagung standen die Wahlen des/der ADM Bundesvorsitzenden, des/der stellvertr. Bundesvorsitzenden, der Beisitzer/Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes an. Mit einem überragenden Wahlergebnis wurde der bisherige **ADM-Bundesvorsitzende Sönke Clasen** wiedergewählt und in seinem Amt bestätigt. Über ein herausragendes Wahlergebnis konnte sich auch der langjährige **stellvertr. Bundesvorsitzende des ADM Jürgen Thiele** freuen. Auch er wurde mit einstimmigem Stimmenergebnis wiedergewählt und durfte sich über eine Bestätigung seiner guten Arbeit für den ADM im Vorstand freuen. In den geschäftsführenden Vorstand wurde des weiteren **Sabine Hopp** wiedergewählt, ebenfalls mit einstimmigem Wahlergebnis. Für das langjährige und engagierte Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes **Wolfgang Jazosch**, der seine Ämter aus Altersgründen beim Bundesverband niederlegen musste, wurde **Manfred Regele** mit großer Mehrheit in das neue Amt gewählt.



Anlässlich des 52. ADM Verbandstages überbrachten zahlreiche Ehrengäste, unter anderem **Lothar Nicht**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Bürgerservice der kreisfreien Stadt Cottbus, **Egon Ratei**, Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Spree-Neiße sowie **Ulrich Bösl**, Vorsitzender der CGPT, **Grußworte** an die Delegierten. Zum Teil III der Delegiertentagung konnte Sönke Clasen als Gäste zudem den CGB Generalsekretär **Christian Hertzog**, die CGB-Bundesgeschäftsführerin **Anne Kiesow** sowie den Bundesvorsitzenden der DHV **Gunter Smits** begrüßen. Christian Hertzog nutzte die Gelegenheit, ein Grußwort an die Versammlung zu entrichten. Er hob die **Bedeutung des ADM** für den Christlichen Gewerkschaftsbund hervor und würdigte ihre engagierte und erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit.

Der zweite Teil des Verbandstages wurde abgerundet durch einen Festabend mit Essen, Musik und Tanz. Den Festabend nahm der frisch gewählte ADM Bundesvorsitzende Sönke Clasen zum Anlass, den **ADM-Ehrenbrief an Wolfgang Jazosch** für seine langjährige Vorstandsarbeit im Landes- und Bundeverband und **Klaus**

Gießelmann für seine Arbeit als Bundesgeschäftsführer zu überreichen. Den entsprechenden Rahmen fand die Übergabe der Ehrenbriefe durch eine Laudatio des Bundesvorsitzenden Sönke Clasen. Alle Teilnehmer werden sich gern an diesen gelungenen Abend erinnern.



Bild l.n. r.: Wolfgang Jazosch und Sönke Clasen, ADM Bundesvorsitzender

Am folgenden Tag konnte Sönke Clasen als Referenten auf dem Verbandstag den **Geschäftsführer des Landeskontrollverbandes Brandenburg Dr. Hammel** und den **Direktor des Forschungsinstituts für Bergbaufolgelandschaften Dr. Michael Haubold-Rosar** willkommen heißen. Zentrale Themen der Referenten waren unter anderem die Durchführung, Auswertung und Kontrolle der Milchleistungsprüfung sowie die komplexe Milchqualitätsberatung als auch die extensive Flächeninanspruchnahme durch den Bergbau in der Region Lausitz.

Die Delegierten und Gäste hatten die Gelegenheit, die Abraumflächen des Braunkohletagebaus zu besichtigen, um einen Eindruck von den gigantischen Ausmaßen des Tagebaus und den Folgen für die Natur durch die wenig produktiven Abraumflächen zu gewinnen.

Am 28. Mai endete ein erfolgreicher und erlebnisreicher Bundesverbandstag, der sicher allen Delegierten und Gästen in bester Erinnerung bleiben wird.

Der Bundesvorstand des CGB wünscht allen neu- und wiedergewählten Kolleginnen und Kollegen des ADM-Vorstandes für Ihre Arbeit viel Erfolg und Schaffenskraft.

Anne Kiesow, CGB-Bundesgeschäftsführerin

* * * *

Kein generelles Überholverbot für LKW auf Autobahnen - Geltende Gesetze reichen aus

Auch in Zukunft wird es auf zweispurigen Autobahnen in Deutschland kein generelles Überholverbot für LKW geben. Dies war das Ergebnis eingehender Beratungen vom „Runden Tisch“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Ende Juni in Bonn. Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, MdB hat auf Vorschlag des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Kraftfahrgewerkschaft (KFG) Franz Xaver Winklhofer aus Anger diesen „Runden Tisch“ zum Thema Überholverbote für LKW auf Autobahnen installiert.



Neben den federführenden Beamtinnen und Beamten aus dem Verkehrsministerium, der Länder Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz waren auch Fachleute des ADAC, des Deutsche Speditions- und Logistikverbandes (DSL), des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung e.V. (BGL), des Autoclubs Europa (ACE) und der Kraftfahrgewerkschaft (KFG) im CGB beim Runden Tisch anwesend.

Alle Teilnehmer waren der Meinung, dass die geltenden Gesetze und Verordnungen im Straßenverkehr völlig ausreichen und es kein flächendeckendes Überholverbot für LKW auf zweispurigen Autobahnen geben wird. Die zuständigen Länder können wie schon jetzt Überholverbote anordnen, wenn die topographische Lage, ungünstige Wetterverhältnisse oder starkes Verkehrsaufkommen dies erforderlich machen. **„Es ist sehr erfreulich, dass auch in Zukunft die Vorschläge der Berufskraftfahrer von den zuständigen Ministerien des Bundes und der Länder berücksichtigt werden“**, so der KFG-Pressereferent Franz Xaver Winklhofer.

Franz-Xaver Winklhofer, KFG Pressereferent

DHV wieder im Aufsichtsrat der Wüstenrot und Württembergische AG vertreten

Die DHV hat bei der Aufsichtsratswahl der Wüstenrot & Württembergische AG wieder ein beachtliches Ergebnis erzielt: 2.046 Beschäftigte gaben der DHV-Liste ihre Ja-Stimme. Bei 5.399 abgegebenen gültigen Stimmen entspricht dies einem Stimmenanteil von rund 38 %! Damit ist die DHV in einem der führenden deutschen Finanzdienstleistungsunternehmen wieder mit einem gewerkschaftlichen Aufsichtsratsmandat vertreten. Als Mitglied wurde **Andreas Rothbauer** gewählt. Ersatzmitglied ist **Michael Tomaschko**.



Erfreulich ist auch, dass mit **Christoph Seeger** ein weiteres DHV-Mitglied über die Arbeitnehmerliste in den Aufsichtsrat gewählt wurde. Seine Liste konnte 1.400 von 5.563 gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Das entspricht einem Stimmenanteil von rund 25 %. Ersatzmitglied für Christoph Seeger ist das DHV-Mitglied **Ingeborg Spitzmann**.

Der Aufsichtsratswahlerfolg zeigt die hohe Akzeptanz der DHV bei den Beschäftigten der Wüstenrot und Württembergische AG. Die DHV stellt für ihre Gewerkschaftslisten ausschließlich betriebsinterne Kandidatinnen und Kandidaten auf. Die Interessen der Beschäftigten sollen nach der Philosophie des DHV im Aufsichtsrat nicht von externen Gewerkschaftsfunktionären, sondern von den Betriebsangehörigen wahrgenommen werden.

Denn: Mitbestimmung bedeutet Selbstbestimmung durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und nicht Fremdbestimmung durch eine Gewerkschaftszentrale!

Henning Röders, stellv. DHV-Bundesvorsitzender

* * * *

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen:

**„Stell dir vor, es ist Bescherung, und keiner will etwas ...“
Frist für das „Bildungspaket“ der Bundesregierung läuft heute aus
Verein katholischer deutscher Lehrerinnen sieht Elternrecht bedroht**



Heute läuft die Frist für die Antragstellung zum sogenannten „Bildungspaket“ der Bundesregierung aus. Trotz einer Fristverlängerung im April dieses Jahres wurden die Gutscheine-Angebote für ein bezuschusstes Mittagessen in Kitas, Schulen oder Horten sowie für Nachhilfe, Mitgliedsbeiträge im Sport- und Musikbereich oder für Schreibmaterial kaum in Anspruch genommen. Nur etwa ein Viertel aller 2,5 Mio. anspruchsberechtigten Eltern wollte die Gutscheine.

Nun kam Sozialministerin Ursula von der Leyen jüngst sogar auf die Idee, Sozialarbeiter von Tür zu Tür zu schicken, um benachteiligte Familien an ihre Fürsorgepflicht und an die Abholfrist des Bildungspakets zu erinnern. Die Kommunen winkten schnell ab: Inzwischen wurde der Vorschlag aufgrund von Personalmangel fallen gelassen.

Aber der Grundtenor bleibt: „Es ist beschämend, wie sich Familien heute von der Politik gängeln lassen müssen. Abgesehen von einem riesigen Bürokratieberg, den das Bildungspaket verursacht, scheint man Eltern gegenüber gar keinen Respekt mehr zu haben“, sagt VkdL-Bundesvorsitzende Roswitha Fischer. Man könne 1. niemanden zur Beantragung einer Sozialleistung zwingen und 2. sei es Aufgabe des Staates, die Eltern zwar soweit zu unterstützen, dass ihre Kinder wohlbehalten aufwachsen können, jedoch ohne sie dabei zu bevormunden oder zu gängeln. Es ist immer noch das gesetzliche Recht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen – auch wenn der Staat eine Schutzpflicht hat.

Der VkdL hält die zunehmend wachsende Einmischung des Staates in den Bereichen Familie, Bildung und Schule für nicht akzeptabel und mahnt die Politiker zu mehr Besonnenheit, anstatt unüberlegt „Geschenke“ auf die Reise zu schicken, die eine Mehrheit so nicht will.

Pressemitteilung des VkdL Essen vom 30. Juni 2011

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Christian Hertzog, Anne Kiesow,

Layout: Anja Kracht

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.

.....

RECHTLICHES

BAG ermöglicht sachgrundlose Befristung bei mehr als drei Jahren zurückliegender Zuvor-Beschäftigung!

Mit seiner Entscheidung vom 4. April hat das Bundesarbeitsgericht eine gravierende Änderung für befristete Arbeitsverträge herbeigeführt.



Gem. § 14 Abs. 2 TzBfG ist eine kalendermäßigen Befristung ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von zwei Jahren zulässig, wenn mit demselben Arbeitgeber zuvor kein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis bestanden hat.

Dies wurde bisher so ausgelegt, dass bei einer - auch über viele Jahre zurückliegenden - früheren Beschäftigung beim selben Arbeitgeber eine wirksame, sachgrundlose, kalendermäßige Befristung nicht mehr möglich ist. Entsprechende befristete Arbeitsverträge wurden damit als unbefristet bewertet.

Nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 4. April 2011 (Az: 7 AZR 716/09) ist nun auch eine sachgrundlose Befristung bis zu zwei Jahren möglich, wenn eine frühere Beschäftigung des Arbeitnehmers beim selben Arbeitgeber mehr als drei Jahre zurückliegt.

Dadurch soll nach Ansicht des 7. Senats verhindert werden, dass das dauerhafte Beschäftigungsverbot ein Einstellungshindernis darstellt. Die Regelung des § 14 Abs. 2 Satz 2 TzBfG soll den Arbeitgebern ermöglichen, auf schwankende Auftragslagen und wechselnde Marktbedingungen flexibel zu reagieren. Daneben soll für Arbeitnehmer die Möglichkeit der Dauerbeschäftigung geschaffen werden.

Raymund Kandler, GÖD Bundesvorsitzender

* * * *

Nachlese: Wichtige Änderungen Neuerungen 2011 im Arbeitsrecht/Arbeitsschutz

Arbeitsschutz: Gestaltungsspielraum bei Beratungspflicht

Arbeitgeber mit mehr als zehn Beschäftigten müssen sich auf veränderte Vorgaben zur betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung einstellen.

Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer

Ab dem 1. Januar 2011 werden Saisonkräfte aus den Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union am 1. Mai 2004 beigetreten sind (sog. EU-8-Staaten), von der Arbeitserlaubnispflicht befreit. Die Befreiung von der Arbeitsgenehmigungspflicht gilt für Saisonbeschäftigungen in der Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Obst- und Gemüseverarbeitung sowie in Sägewerken.

Kurzarbeitergeld – Sonderregelungen gelten weiter

Kurzarbeit ist bis zum 31. März 2012 auch für Zeitarbeiter wie für andere Arbeitnehmer möglich. Die Sonderregelungen zur konjunkturellen Kurzarbeit, einschließlich der Regelungen zur Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge gelten über den 31. Dezember 2010 hinaus bis Ende März 2012 weiter.

Neue Mindestlohn VO für die Abfallwirtschaft

Am 01.01. 2011 ist die 2. Mindestlohn-Verordnung für die Abfallwirtschaft in Kraft getreten. Sie schließt an die erste Mindestlohn-Verordnung für die Branche an, die am 31.10.2010 außer Kraft getreten ist. Der ab dem 1.1.2011 bundesweit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Mindeststundenlohn beläuft sich 8,24 € und gilt bis zum 31.8.2011.

Neuer Mindestlohnvertrag im Elektrohandwerk

Ab dem 01.01.2011 gilt ein neuer allgemeinverbindlicher Mindestlohn-Tarifvertrag für die Elektrohandwerke. Die Mindeststundenlöhne in den Elektrohandwerken betragen ab dem 01.01.2011 somit 8,40 Euro (östliche Bundesländer) und 9,80 € (westliche Bundesländer). Zu Beginn der Jahre 2012 und 2013 sind weitere Entgelterhöhungen vorgesehen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des neuen Mindestlohn-Tarifvertrags ist begrenzt.